

## Parlamentarischer Vorstoss

2016/299

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** Interpellation von Jan Kirchmayr, SP-Fraktion: Auswirkungen der geplanten Streichung der Beiträge zum Besuch von Privatschulen

**Autor/in:** [Jan Kirchmayr](#)

**Mitunterzeichnet von:** --

**Eingereicht am:** 29. September 2016

**Bemerkungen:** --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Mit der Vorlage [2016-252](#) möchte der Regierungsrat die bisherigen Privatschulbeiträge von 2'500 CHF pro Kind streichen und somit jährlich 3.7 Millionen Franken einsparen. Der Wegfall der kantonalen Beiträge hat zweifellos auch Auswirkungen auf die Volksschule Baselland, deshalb bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler sind von der Streichung der Privatbeiträge betroffen?
2. Mit wie vielen Wechseln von den Privatschulen zur Volksschule rechnet der Regierungsrat?
3. Die Privatschulbeiträge von 2'500 CHF wurden als Kompensation eingeführt, da seit der letzten eidgenössischen Steuerharmonisierung private Schulgelder nicht mehr von den Steuern abgezogen werden können. Sieht der Regierungsrat eine Kompensationsmöglichkeit an einem anderen Ort vor?
4. Hat der Regierungsrat geprüft, ob die Privatschulbeiträge bis zu einer gewissen Einkommensgrenze weiterhin ausbezahlt werden sollen?
  - Wenn ja: Weshalb hat er diese Option verworfen?
  - Wenn nein: Kann der Regierungsrat mögliche Rechenmodelle aufzeigen?
5. Mit der Streichung der Privatschulbeiträge gehen voraussichtlich pädagogisch motivierte Alternativschulen (bspw. Montessori, Steiner und Freinet) verloren, die für die Volksschule des Öfteren als Inspiration und zur Weiterbildung dienen. Will man auf diese pädagogischen Alternativen tatsächlich verzichten?

6. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass sich nur die sozial Privilegierten eine Alternative zur Volksschule für ihre Kinder leisten können sollen?
7. Da viele der Kinder, welche einen erhöhten Förderbedarf haben, in eine Privatschule gehen und nun wohl in die Volksschule wechseln werden, stellt sich die Frage, mit wie vielen zusätzlichen Kosten der Regierungsrat rechnet, die für den Kanton und die Gemeinde anfallen?
8. Bisher wurde stets betont, dass die Integrationsbemühungen in den staatlichen Schulen kein Sparobjekt seien. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass mit der Streichung der Privatschulbeiträge mehr Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen an die Volksschule wechseln werden, gleichzeitig insgesamt aber nicht mehr Lektionen der Integrativen Schulischen Förderung zur Verfügung stehen.
  - Falls der Regierungsrat deswegen mehr Lektionen zur Verfügung stellen möchte: Ist ihm bewusst, dass dies somit keine Sparmassnahme ist?
  - Falls der Regierungsrat trotzdem nicht mehr Lektionen zur Verfügung stellen möchte: Ist ihm bewusst, dass er erneut auf dem Buckel der Lehrpersonen und Kinder eine Sparmassnahme umsetzt?

**Besten Dank für die zeitgerechte Beantwortung meiner Fragen.**